

Inhalt der Sitzung vom 15.01.2007

TOP Ö 1 Bekanntgabe des in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 18.12.2006 gefassten Beschlusses

Eingangs der Sitzung gab Bürgermeister Huckele bekannt, dass das Ratsgremium in seiner nichtöffentlichen Sitzung am 18.12.2006 zwei Gewerbesteuernachforderungen niedergeschlagen hat.

TOP Ö 2 Raumordnungs- und Zielabweichungsverfahren für die geplante öffentliche Golfanlage in Eppelheim

Auf einem ca. 35 ha großen Areal südwestlich der Stadt Eppelheim plant die Sport Business AG Wiesenbach einen 9-Loch-Golfplatz anzulegen. Die Erschließung des Areals erfolgt von Eppelheim aus über die Rudolf-Wild-Straße (K 4149) und von Heidelberg-Kirchheim kommend über den Stückerweg (K 9707). In unmittelbarer Nähe der Stellplatzflächen soll ein Clubgebäude mit der Driving-Range-Anlage entstehen. Im Bereich des Gewanns „Lochäcker“ grenzt die Golfanlage direkt an Plankstadter Gemarkung an. Für das Projekt ist zur Prüfung der Zulässigkeit die Durchführung eines Raumordnungsverfahrens erforderlich. Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat das Raumordnungsverfahren eingeleitet und die Gemeinde um eine Stellungnahme gebeten. Nachdem für die Errichtung einer Golfanlage für die Gemeinde keine negativen Auswirkungen erkennbar sind, schlug die Verwaltung vor, gegen die Planungen keine Einwände zu erheben.

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) signalisierte seitens ihrer Fraktion Zustimmung, da die Verkehrsanbindung über Eppelheimer Straßen vorgesehen ist und Plankstadt nicht mit zusätzlichem Verkehr belastet wird. Sie machte jedoch deutlich, dass es für den Kleinkaliber Sportschützenverein (KKS) sowie die Recyclinganlage Berger keinerlei Auflagen geben dürfe, da dem Betreiber die Lärmemissionen vom Schieß- bzw. Gewerbebetrieb bekannt seien. Diese Bedenken sollen in die Stellungnahme der Verwaltung aufgenommen werden.

Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) und Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) konnten sich den Worten ihrer Vorrednerin anschließen und forderten gleichfalls die Aufnahme der Bedenken bei der Stellungnahme.

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) bemängelte, dass die landwirtschaftliche Nutzung und die natürliche Vegetation immer mehr durch Modesportarten beeinträchtigt werden. Hinzu komme noch der zu erwartende Ziel- und Quellverkehr von geschätzten 20.000 Fahrzeugen im Jahr. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ca. 10 Arbeitsplätze geschaffen werden. Auch er betonte, dass Plankstadt durch diese Anlage keine Beeinträchtigungen erfahren dürfe.

Das Ratsgremium beschloss (bei einer Gegenstimme der GLP) gegen das Raumordnungs- und Zielabweichungsverfahren für die geplante öffentliche 9-Loch-Golfanlage in Eppelheim keine Einwände zu erheben.

Einvernehmen herrschte darüber, in der Stellungnahme zum Vorhaben darzulegen, dass durch die öffentliche Golfanlage dem Verein- bzw. Gewerbebetrieb keine Auflagen gemacht oder sonstige Nachteile entstehen dürfen.

TOP Ö 3 Entscheidung über die Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen nach § 78 Abs.4 GemO

Die Gemeinde erhielt von der Firma Frankl & Kirchner GmbH & Co.KG eine Spende in Höhe von 1.500 Euro für die örtliche Notgemeinschaft. Zur Annahme dieser Spende ist nach § 78 Abs.4 GemO die Genehmigung des Gemeinderats erforderlich.

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU), Gemeinderat Fredi Engelhardt (PL), Gemeinderätin Gaby Wacker (SPD) sowie Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) sprachen der Spenderin ihren besonderen Dank für die alljährliche Zuwendung aus.

Das Ratsgremium befürwortete mit einstimmigem Votum die Annahme der Spende für die örtliche Notgemeinschaft.

TOP Ö 4-5 Bauanträge

- Beim Kenntnisgabeverfahren zum Neubau einer Doppelhaushälfte mit Garage auf dem Grundstück Flst.Nr. 4812, Gasseläcker 21, versagte das Ratsgremium einstimmig das Einvernehmen zur Überschreitung der östlichen Baugrenze über die gesamte Gebäudetiefe. Der Unterschreitung der Garagendachneigung wurde mehrheitlich (bei 7 Gegenstimmen der CDU-Fraktion) zugestimmt.
- Dem Neubau eines Carports und Gartengeräteraumes sowie der Errichtung einer Dachgaube auf dem Grundstück Flst.Nr. 4252 und 4253, Mörikeweg 28, wurde mit einstimmigem Votum entsprochen.

TOP Ö 6 Bekanntgaben, Anfragen

1. Stellungnahme des Landratsamtes Rhein-Neckar-Kreis (Baurechtsamt) zur Bauvoranfrage Friedrichstraße 20

Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) verwies auf eine Stellungnahme des Baurechtsamtes vom 14.06.2006, in dem die Behörde das Einfügen des seinerzeit eingereichten Bauvorhabens bejaht. Gemeinderat Schneider erfragte, warum der Gemeinderat nicht über dieses Schreiben informiert wurde und den Stand des in diesem Bereich in Überlegung stehenden Bebauungsplans und der Veränderungssperre. Die Gemeinde hätte seiner Auffassung nach eine Rechtsauskunft einholen müssen, bevor das Verwaltungsverfahren in Gang gesetzt wurde.

Bürgermeister Huckele erläuterte, dass das Baurechtsamt mit dem genannten Schreiben Stellung genommen habe, das Einvernehmen aber nicht ersetzt hat. Das Baurechtsamt könne nachvollziehen, warum die Gemeinde Plankstadt zu diesem Vorhaben das Einvernehmen versagt habe. Vielmehr wurde dem Widerspruch der Eigentümerin sowohl von der Baurechtsbehörde, als auch dem Regierungspräsidium Karlsruhe wegen dem fehlenden Einvernehmen der Gemeinde nicht abgeholfen. Letztendlich entscheide das Verwaltungsgericht über die eingereichte Klage der Eigentümerin.

Bürgermeister Huckele sicherte zu, dass die Stellungnahme der Gemeinde zu dem Schreiben der Baurechtsbehörde zur nächsten Sitzung aufgelegt werde.

2. Neujahrsempfang TSG Eintracht Plankstadt 1890 e.V./Clubhausneubau

Gemeinderätin Gaby Wacker (SPD) verwies auf den allseits bekannten schlechten Zustand der beiden Clubhäuser der TSG Eintracht und konnte dem Wunsch und die Anregungen des Vereins auf Erneuerung nachvollziehen. Der Vorsitzende der TSG Eintracht habe dies bei seiner Neujahrsansprache thematisiert und dabei Zuschüsse der Gemeinde in die Überlegungen mit aufgenommen, die deutlich über die Zuschussrichtlinien hinausgehen. Im Falle eines gemeindlichen Engagements plädierte sie dafür, ein Nutzungskonzept für alle interessierten Vereine zu entwickeln. Es könne nicht sein, dass der Gemeinde ein fertiges Konzept mit „handverlesenen“ Nutzern vorgelegt werde, mit der gleichzeitigen Aufforderung, zu investieren.

Bürgermeister Huckele stimmte dem im Grundsatz zu, vor einer Entscheidung sah auch er noch viel Gesprächsbedarf.

3. B 535/Tunnelbau/Beampelung

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) erkundigte sich nach dem Sachstand des Tunnelbaus (B535).

Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) hinterfrage, ob sich die ursprünglich geplante Höhe des Tunnels geändert habe.

Bürgermeister Huckele erläuterte, dass die Petition eines Bürgers derzeit immer noch den Tunnelbau verzögere. Im Dezember habe sich der Petitionsausschuss in Stuttgart nicht mehr damit beschäftigen können, die nächste Sitzung finde erst im März 2007 statt. Bei der Höhe des Tunnels habe man inzwischen eine planerische Lösung gefunden, die den Vorgaben der Planfeststellung gerecht wird.

Gemeinderätin Gaby Wacker (SPD) bemängelte, dass von Plankstadt kommend beim Abbiegen auf die B 535 (an der neuen Kreuzung Plankstadt/Schwetzingen) die Rotphase der Ampel sehr lange sei. Da die Kreuzung sehr gut einsehbar sei, regte sie an, an dieser Ampel einen grünen Pfeil für Rechtsabbieger anzubringen.

Bauamtsleiter Boxheimer verwies auf die Fußgänger und Radfahrer, die dann ggf. einer größeren Gefährdung ausgesetzt seien. Eine genauere Überprüfung werde jedoch erfolgen.

4. Radweg hinter der Gaststätte „Zur Feldwanz“

Gemeinderat Andreas Wolf (CDU) verwies auf den, durch den Bau der B 535 aktuell in Mitleidenschaft gezogenen, unbefestigten Radweg hinter der Gaststätte „Zur Feldwanz“. Bei nasser Witterung sei ein Befahren des Weges nur sehr schwer möglich. Er erkundigte sich, ob eine Befestigung kurzfristig möglich sei.

Bürgermeister Huckele erklärte, dass derzeit zur Fertigstellung des Lärmschutzwalls noch schwere LKW's den Weg befahren.

Bauamtsleiter Boxheimer ergänzte, dass die Gemeinde mit dem Bauleiter der B 535 in Kontakt stehe und die Befestigung so bald als möglich erfolge.

5. Kreuzungsbereich Schwetzingen Straße/Schubertstraße/Schönauer Straße

Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) bezeichnete den obigen Kreuzungsbereich als Unfallschwerpunkt und regte an, dort einen Verkehrskreisel zur Entschärfung und Geschwindigkeitsreduzierung zu errichten. Unabhängig von dieser Prüfung sollten bereits vorab verkehrsregelnde und schützende Maßnahmen vorgesehen werden. Falls der Platz nicht für einen großen Kreisel ausreiche, könne auch ein angedeuteter Kreisel in Betracht kommen. Bürgermeister Huckele verwies darauf, dass bei einem angedeuteten Kreisel die Verkehrsteilnehmer in der Regel den kürzesten Weg, d.h. quer über den Kreisel nehmen würden. Außerdem sei zu berücksichtigen, dass es sich bei der Schwetzingen Straße um eine Landesstraße handelt. Zur Realisierung eines solchen Vorhabens müsste die zuständige Behörde eingeschaltet werden.